

JAPAN

PROF. DR. PETER BARON,
KAS TOKYO
ET AL.

November 2007

www.kas-asia.org

Japans Außenpolitik zwischen den USA und Asien

Im Zentrum des politischen Interesses im November standen die Reisen von Premierminister Yasuo Fukuda in die USA und nach Singapur sowie die damit zusammenhängenden politischen Auseinandersetzungen um eine Verlängerung bzw. Neuauflage des Gesetzes zur Entsendung der japanischen Selbstverteidigungskräfte (SDF) in den Indischen Ozean.

Die (seit jeher eher symbolische) Unterstützung der USA im Indischen Ozean wird als wichtiger Beweis der japanischen Bündnistreue zu den USA betrachtet, von der Opposition aber strikt abgelehnt. Von einem guten Verhältnis zu den USA hängt für Fukuda jedoch ab, wie weit er mit seiner anvisierten „aktiven Asienpolitik“ gehen kann, durch die er sich von seinen Vorgängern absetzen will. Unter Abe Shinzô, vor allem aber während der Amtszeit von Koizumi Jun'ichirô (2001-2006) hatte sich das Verhältnis Japans zu den Nachbarländern Südkorea und China stark getrübt.

Fukudas Besuch in den USA

Fukuda, seit Ende September im Amt, traf US-Präsident George W. Bush am 16. November im Weißen Haus. Die Reise in die USA war die erste Auslandsreise Fukudas seit seinem Amtsantritt im September. Bei den Gesprächen zwischen Fukuda und Bush ging es um das Thema der Wiederaufnahme der logistischen Unterstützung von Marineeinheiten der USA und mit den USA verbündeter Nationen im Indischen Ozean durch drei Schiffe der japanischen Selbstverteidigungskräfte (SDF) sowie um die Politik gegenüber Nordkorea.

Nach dem Wahlsieg der größten Oppositionspartei, der Demokratischen Partei (DP), bei den Oberhauswahlen im Juli 2007 musste die Mission der SDF im Indischen Ozean abgebrochen werden, die als Japans Beitrag zum „Krieg gegen den Terror“ im November 2001 mit einer dreijährigen Frist begonnen und 2004 um drei Jahre verlängert worden war. In den sechs Jahren ihrer Mission hatten die japanischen SDF-Einheiten Schiffe der USA, Großbritanniens, Pakistans und anderer Länder mit Treibstoff und Wasser im Wert von rund 132 Millionen Euro beliefert. Allerdings kam es bei der Berichterstattung zu Ungenauigkeiten, wodurch Verteidigungsminister Ishiba Shigeru, der bereits 2002 bis 2004 den Posten des Direktors des Amtes für Verteidigung (der Vorgängerinstitution des Verteidigungsministeriums) innehatte, in den Mittelpunkt der Kritik geriet. Während seiner Amtszeit waren von den SDF falsche Zahlen an das Verteidigungsamt berichtet worden. So waren dem US-Versorgungsschiff USNS Pecos im Februar 2003 angeblich 200.000 Gallonen Treibstoff zur Verfügung gestellt worden, tatsächlich – so stellte sich jüngst heraus – war es jedoch wohl viermal so viel. Einige Zeitungen sprachen von einer Schwächung der „zivilen Kontrolle“ (*civilian control*) und einer bewussten Täuschung der politischen Kontrollinstanzen durch die militärische Administration. Der Oppositionspolitiker Yamaoka Kenji (DP) erklärte, „solange der Verdacht der Manipulation von Information ... nicht restlos aufgeklärt“ sei, komme für seine Partei auch nur eine Diskussion der Verlängerung oder Neuauflage des Entsendegesetzes nicht in Frage.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

JAPAN

PETER BARON ET AL.

November 2007

www.kas-asia.org

Ishiba musste die in den Indischen Ozean entsandten SDF-Schiffe (zwei Zerstörer und ein Versorgungsschiff) am 1. November zurück nach Japan beordern, denn ohne die Kooperation der DP war eine schnelle Verlängerung des Entsendegesetzes unmöglich geworden. Im Oberhaus verfügt die DP seit ihrem Wahlsieg im Juli über die Majorität, während die regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) im Unterhaus, der tonangebenden Kammer im Gesetzgebungsverfahren, noch immer über eine aus der Zeit der Regierung des populären Koizumi Jun'ichirô stammende überwältigende Mehrheit verfügt (zusammen mit dem Koalitionspartner Kômeitô [offiziell in Englisch „Clean Government Party“] bei 323 von 480 Sitzen eine Zweidrittelmehrheit). Bei einer Ablehnung im Oberhaus kann das Unterhaus ein Gesetz zwar mit Zweidrittelmehrheit auch im Alleingang verabschieden, dies ist allerdings in der japanischen Nachkriegsgeschichte nur in ganz wenigen Fällen vorgekommen und würde zweifellos das Ansehen der Regierungskoalition in der Bevölkerung, die Militäraktionen prinzipiell eher ablehnend gegenübersteht, weiter schädigen. Die Regierung Fukuda hat daher von einer Verlängerung des alten Entsendegesetzes Abstand genommen und ein neues Entsendegesetz vorgelegt, das im Unterhaus am 13. November verabschiedet wurde und derzeit im Oberhaus debattiert wird. Im Gegensatz zum alten Entsendegesetz wird in der neuen Vorlage klar festgelegt, dass die SDF nur Schiffe versorgen und betanken dürfen, die „nicht direkt an Kampfhandlungen beteiligt“ sind. Die bisherigen Logistikoperationen, so die Kritik der DP, habe auch dazu beigetragen, die *Kriegführung* der USA im Irak zu unterstützen, was aufgrund von Artikel 9 der Japanischen Verfassung¹ vielen

Politikern bedenklich erscheint. Praktisch erscheint eine Trennung von Schiffen, die „direkt an Kampfhandlungen beteiligt“ sind, und solchen, die es nicht sind, schwierig. Dies hat der Fall der Betankung des oben genannten US-Versorgungsschiffes Pecos gezeigt: die Pecos war als *Versorgungsschiff* natürlich nicht an Kampfhandlungen beteiligt, betankte aber wiederum den Flugzeugträger Kitty Hawk, der danach in den Persischen Golf einfuhr und an den Kämpfen im Irak beteiligt war.

In Washington betonte Fukuda gegenüber Bush, dass er „alles tun wird, um eine Wiederaufnahme der logistischen Unterstützung der USA im Indischen Ozean zu erreichen,“ d.h. um das neue Entsendegesetz im Parlament durchzusetzen. Dies könnte bedeuten, dass Fukuda auch eine Verabschiedung im Unterhaus trotz Ablehnung im Oberhaus in Erwägung zieht. Bush lobte im gemeinsamen Kommuniqué Fukudas „starke Führung,“ Fukuda bezeichnete die USA als „the one and only ally for Japan“² [sic] und unterstrich damit die überragende Bedeutung des US-japanischen Bündnisses für die japanische Außenpolitik. Dennoch setzte sich Fukuda von seinen Vorgängern Koizumi und Abe ab, indem er sich bei Bush auch der Notwendigkeit einer aktiveren Asienpolitik Japans rückversicherte. Eine Verbesserung (wörtlich *deepening*) der Beziehungen Japans zu seinen asiatischen Nachbarn sei nicht nur notwendig „für ein stabiles und offenes Asien, welches sich in Richtung Wohlstand entwickelt,“ sondern sei auch im gemeinsamen Interesse der USA und Japans und trage letztlich zu einer „Stärkung unserer Allianz“ bei. Diese Rückversicherung Fukudas macht deutlich, wie sehr Japan von einem guten Verhältnis zu den USA abhängig ist und wie viel Wert man in Japan darauf legt, eine „aktive Asienpolitik“ – deren Notwendigkeit natürlich ebenso wenig bezweifelt wird –

¹ „Aspiring sincerely to an international peace based on justice and order, the Japanese people forever renounce war as a sovereign right of the nation and the threat or use of force as means of settling international disputes.“ (Artikel 9, Abs. 1 der Japanischen Verfassung von 1947, siehe Homepage der japanischen

National Diet Library,
<http://www.ndl.go.jp/constitution/e/etc/c01.html#s2>).

² <http://www.state.gov/p/eap/rls/rm/2007/95288.htm>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

JAPAN

PETER BARON ET AL.

November 2007

www.kas-asia.org

nicht als Distanzierung von den USA erscheinen zu lassen.

Das Nordkorea-Problem

Weiterhin stand das Nordkorea-Problem im Zentrum der Gespräche zwischen Bush und Fukuda. Bush versicherte, dass die USA die Entführungen japanischer Staatsbürger durch Nordkorea „nicht vergessen werden.“ Die Entführung mehrerer Dutzend Japaner in den 1970er und 1980er Jahren ist in Japan seit einigen Jahren ein beliebtes Mittel zum Stimmenfang im Wahlkampf. Drängten die Familien der Entführten schon seit Jahrzehnten auf Unterstützung durch die Politik, so hat sich erst in den letzten Jahren vor allem Abe Shinzō (LDP) dem Thema angenommen. Abe verdankt einen großen Teil seiner – inzwischen verflossenen – politischen Popularität auf der medial virtuosens Instrumentalisierung des Themas der nach Nordkorea Entführten. Auch Fukuda kann dieses Thema angesichts des inzwischen großen Interesses in der Bevölkerung nicht ignorieren; noch immer wird die Thematik regelmäßig in den Medien aufgegriffen, auf der Homepage des japanischen Premierministers (www.kantei.go.jp) sowie des japanischen Außenministeriums (www.mofa.go.jp) finden wir Menüpunkte zur Entführten-Problematik (*rachi mondai*).

Die Entscheidung der USA, Nordkorea als Gegenleistung für die Beendigung des Nuklearprogramms von der Liste der „Schurkenstaaten“ oder „Terror-Staaten“ zu streichen, hat daher die japanische Politik in Bedrängnis gebracht, fühlen sich konservative Kreise, die sich des Themas der Entführten besonders gerne annehmen, doch vom Bündnispartner im Stich gelassen. Bush erklärte, dass er „versteht, wie wichtig dieser Punkt für das japanische Volk ist,“ ging aber nicht weiter auf die Frage der Streichung von der Liste ein, Fukuda sprach diesen Punkt ebenfalls nicht an, offenbar nach entsprechenden Vorabsprachen vor dem Gipfel. Für Japan, dies ist der zentrale Punkt, ist Nordkorea solange ein Terrorstaat, solange die Entführten nicht nach Japan zurückkehren oder glaubhafte Auskunft über ihren

Verbleib gegeben wird. Die Prioritäten der USA und Japans unterscheiden sich daher in der Nordkoreafrage deutlich. Um keine Konflikte aufkommen zu lassen, vermeidet man aber, diese Unterschiede überhaupt erst zu thematisieren. Nicht zuletzt aus diesem Grund waren auf der Pressekonferenz nach dem Treffen Fukudas mit Bush wohl auch keine Fragen zugelassen.

Japan und der ASEAN-Gipfel

Nach seinem Besuch in den USA verließ Premierminister Fukuda am 19. November Japan erneut, um in Singapur am ASEAN-Gipfel, am ASEAN+3-Treffen sowie am East Asia Summit teilzunehmen. Fukuda traf sich am Rande des Gipfels am 20. November auch mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao und dem südkoreanischen Präsidenten Roh Moo Hyun. Auf einer Pressekonferenz in Singapur verkündete Fukuda anschließend, die Gespräche seien „wichtige Schritte in Richtung auf eine aktive Asienpolitik“ gewesen. Man sei übereingekommen, daß die regionale Kooperation in Ostasien durch die Stärkung der verschiedenen Rahmenorganisationen und –abkommen vorangebracht werden muß. Gleichzeitig wiederholte Fukuda auf der Pressekonferenz, dass eine solche „aktive Asienpolitik“ in Einklang mit den engen Beziehungen zur USA stünden und im gemeinsamen Interesse der USA und Japans lägen. Fukuda gehört in der LDP zur traditionell china- und asienfreundlichen Richtung und ist Befürworter einer engeren Bindung Japans an Asien, ist sich aber offenbar bewußt, dass für Japan keine realistische Alternative zum engen Bündnis zu den USA existiert. Die Verabschiedung des Entsendegesetzes und die Wiederaufnahme der logistischen Unterstützung der USA im Indischen Ozean wird daher die wichtigste Aufgabe für das Kabinett Fukuda in den kommenden Wochen sein und eventuell sogar über das Schicksal des Kabinetts (und damit auch die politische Karriere des bereits über 70jährigen Fukuda) entscheiden.

JAPAN

PETER BARON ET AL.

November 2007**www.kas-asia.org****Eine Große Koalition als Ausweg?**

Da die Beendigung der Mission der SDF-Kräfte im Indischen Ozean die Konsequenz eines politischen Patts der Regierung und der das Oberhaus kontrollierenden Opposition war, kam es Anfang November kurzfristig zu (geheimen) Verhandlungen zwischen LDP-Führung und dem DP-Vorsitzendem Ozawa Ichirô. Ozawa hatte sich jedoch vorab nicht der Unterstützung seiner Partei versichert und stieß auf heftigen Widerstand, nachdem er in den Gremien seiner Partei über die Verhandlungen mit der LDP Bericht erstattete. Die Ablehnung seiner Sondierungen sah er als „Mißtrauenserklärung“ an und reichte daraufhin am 4. November seinen Rücktritt ein. Die Partei lehnte das Rücktrittsgesuch jedoch ab und Ozawa erklärte am 7. des Monats, er werde der Partei als Vorsitzender bis zu den nächsten Wahlen zur Verfügung stehen, seine politische Karriere aber vom Ausgang der nächsten Wahlen abhängig machen.

De facto hat sich damit an der Lage in der DP nichts geändert, wäre Ozawa nach einem unzufriedenstellenden Wahlsieg – also alles anderem als einem Sieg der DP – mit hoher Wahrscheinlichkeit ohnehin von seinem Posten zurückgetreten. Die nächsten turnusmäßigen Wahlen zum Unterhaus stehen erst in zwei Jahren an, vor dem Hintergrund der wahrscheinlichen Ablehnung des neuen Entsendegesetzes im Oberhaus werden jedoch hinter den Kulissen bereits jetzt Gespräche über Neuwahlen geführt, wie die japanischen Medien berichten. LDP-Generalsekretär Ibuki Bunmei bestätigte in einem Fernsehauftritt am 11. November, dass die LDP die Auflösung des Unterhauses und Neuwahlen als politische Option in Betracht ziehe, falls die DP die Beratungen über das neue Entsendegesetz im Oberhaus in die Länge ziehe und die Verabschiedung durch das Unterhaus in der laufenden Legislaturperiode (bis 15. Dezember 2007) verhindere. Auch Premierminister Fukuda betonte nach seiner Rückkehr aus Singapur erneut, daß er das Entsendegesetz „unbedingt durchbringen möchte.“ Die

Opposition bereitet sich darauf vor, im Falle einer Verabschiedung durch die Zweidrittelmehrheit im Unterhaus gegen das Votum des Oberhauses ein Mißtrauensvotum gegen Fukuda im Parlament einzubringen. Würde dieses angesichts der großen Mehrheit der Regierung im Unterhaus auch wahrscheinlich scheitern, so würde sich Fukuda aufgrund des Ansehensverlustes eventuell doch zu einer Auflösung des Parlaments und frühzeitigen Neuwahlen gezwungen sehen.